



Am 12. Oktober 1949 besuchte der stellvertretende Ministerpräsident * Genosse Walter Ulbricht die Kumpels der Karl-Liebnecht-Grube Oelsnitz (Erzgebirge). Seine Ausführungen, die die Notwendigkeit und Bedeutung der Aktivistenbewegung unterstrichen, fanden praktische Unterstützung durch die Worte Adolf Henneckes, der bekanntgab, daß die Brigade, in der er selbst mitarbeitete, ihre Norm am 12. Oktober mit 240 Prozent übererfüllt hat.

Walter Ulbricht führte unter anderem aus:

„Es ist keine formale Sache, wenn die Regierungsmitglieder heute in die Betriebe gehen. Aber nicht nur heute werden sie das tun, sondern es wird die Pflicht der Abgeordneten der Volkskammer und der Mitglieder der Regierung sein, bei allen neuen, größeren Fragen in die Betriebe kommen, die Arbeiter, Angestellten und die technische Intelligenz zu unterrichten, in die Versammlungen der FDJ zu gehen und dort einen Meinungs austausch zu führen, um dann mit gemeinsamer Kraft die Erfüllung unserer großen Ziele zu erreichen.“

„Unsere Aktivisten“, so erklärte Walter Ulbricht, „haben durch die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne den Beweis dafür erbracht, daß sich in Deutschland eine Wende vollzogen hat*. Sie haben damit in den Volksdemokratien und in der Sowjetunion das Vertrauen zu uns neu erworben. Dieses Vertrauen war die Voraussetzung zur Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik, zur Bildung einer deutschen demokratischen Regierung und zur Übernahme der Verwaltungsgeschäfte der Sowjetischen Militärverwaltung durch die deutsche Regierung. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo jeder von uns, ganz gleich ob Arbeiter, Werktätiger, Bauer, ob Ingenieur oder Jugendlicher, die volle Verantwortung für die Erfüllung des Zweijahrplanes und für die Festigung der Demokratie hat.

Unsere neue Aufgabe besteht jetzt darin, den Kampf zu führen um die Überwindung der Spaltung, die in Bonn im Auftrage New Yorks durchgeführt wird. Um diese Spaltung zu überwinden, ist es notwendig, das ganze deutsche Volk zu mobilisieren für die Nationale Front, für die Einigung aller Kräfte, die die Einheit Deutschlands wollen, die gegen das westdeutsche Besatzungsstatut sind und die eine demokratische friedliche Entwicklung in Deutschland wünschen.“

